

An das
Amtsgericht Ebersberg
-Familiengericht-
Bahnhofstr. 19
85560 Ebersberg

Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz

Antragsteller/in:

.....
Name, Vorname

.....
geb. am

.....
Staatsangehörigkeit

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Wohnort

.....
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)

.....
Telefon

Antragsgegner/in:

.....
Name, Vorname

.....
geb. am

.....
Staatsangehörigkeit

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Wohnort

.....
Gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)

.....
Telefon

Ich beantrage den Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz wie folgt: (zutreffendes bitte ankreuzen, falls nötig weitere Angaben als Anlage beifügen)

- Zuweisung der Wohnung nach **§ 2 Gewaltschutzgesetz (GewSchG)**
(nur bei gemeinsamer Wohnung, sonst weiter zu § 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG))

- Die gemeinsam genutzte Wohnung in

.....
wird d. Antragsteller/in zur alleinigen Benutzung zugewiesen. D. Antragsgegner/in ist verpflichtet, die Wohnung sofort zu räumen und an d. Antragsteller/in herauszugeben. D. Antragsgegner/in wird aufgegeben, sämtliche zur Wohnung gehörenden Schlüssel an d. Antragsteller/in herauszugeben.

- D. Antragsgegner/in wird untersagt, das Mietverhältnis über die Wohnung zu kündigen.

- D. Antragsgegner/in hat es gemäß **§ 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG)** zu unterlassen:

- die Wohnung d. Antragstellers/in in

.....
nochmals zu betreten,

- sich in einem Umkreis von 100 Metern der Wohnung d. Antragstellers/in aufzuhalten,

- sich d. Antragsteller/in in einem Umkreis von 100 Metern zu nähern,

- folgende Orte aufzusuchen, an denen sich d. Antragsteller/in regelmäßig aufhält und sich im Umkreis von 100 Metern aufzuhalten:

- den Arbeitsplatz d. Antragstellers/in in

.....

- die Wohnung der Eltern d. Antragstellers/in in

.....

- den Arbeitsplatz der Eltern d. Antragstellers/in in

.....

- die Wohnung der Verwandten d. Antragstellers/in in

.....

- den Arbeitsplatz der Verwandten d. Antragstellers/in in

.....

- mit d. Antragsteller/in in irgendeiner Form Kontakt aufzunehmen, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln.

Im Einzelnen wird d. Antragsgegner/in untersagt:

- d. Antragsteller/in anzurufen,
 - d. Antragsteller/in anzusprechen,
 - d. Antragsteller/in SMS zu senden,
 - d. Antragsteller/in E-Mails zu senden,
 - d. Antragsteller/in Faxe zu übermitteln,
 - d. Antragsteller/in über soziale Netzwerke (Facebook, WhatsApp usw.) zu kontaktieren.
- ein Zusammentreffen mit d. Antragsteller/in herbeizuführen. Sollte es zu einem zufälligen Zusammentreffen kommen, hat sich d. Antragsgegner/in unverzüglich zu entfernen.
- d. Antragsteller/in zu bedrohen, zu verletzen, sonst körperlich zu misshandeln, zu demütigen oder einzusperren.

D. Antragsgegner/in wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die vorstehend aufgeführten Unterlassungsverpflichtungen die Festsetzung von Ordnungsgeld bis zur Höhe von 250.000,00 €, ersatzweise für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft von bis zu 6 Monaten, angedroht.

Die Kosten des Verfahrens trägt d. Antragsgegner/in.

Gründe für meinen Antrag

Haben Sie bereits einen Rechtsanwalt beauftragt?

- Nein
- Ja, Name und Anschrift

.....

- Ich habe am Anzeige bei der Polizei wegen

.....
erstattet. Diese betrifft den aktuellen Vorfall.

Die Vorgangsnummer lautet:

- Die Polizei hat ein Kontaktverbot gegenüber d. Antragsgegner/in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

- Ja, bis zum Nein.

Sind/waren bereits gerichtliche Verfahren zwischen den Parteien anhängig?

- Nein
- Ja: Gericht, Aktenzeichen

.....

- Vor** dem nachfolgend geschilderten konkreten Vorfall gab es bereits Probleme.

D. Antragsgegner/in hat mich in der Vergangenheit

- geschlagen Wann:
Wie häufig:
Verletzungen:

- bedroht/
belästigt Wann:
Wie häufig:
Art der
Bedrohung/
welche Worte:

- Datum Beginn der Vorfälle:

- Anlass des heutigen Antrags/ Sachverhalt** (Warum sind Sie jetzt hier?)

- Körperverletzung(en)
- Gesundheitsverletzung(en), auch seelisch
- Nachstellen/Stalking, auch telefonisch
- Einsperren
- Konkrete Bedrohungen
- Eindringen in die Wohnung gegen/ohne den Willen d. Antragstellers/ Antragstellerin
- Datum des **aktuellsten** Vorfalls?

.....

- Anlass des Beginns?

.....

.....

.....

- Schilderung des **aktuellsten** Vorfalls (z.B. körperliche Gewalt durch Schlagen womit wohin, durch Boxen, Schubsen wogegen usw., werfen mit welchen Gegenständen; verbale Bedrohung mündlich oder/ und in Form von SMS, Telefon usw. mit welchem Inhalt, Beleidigungen mit welchem Inhalt usw.)

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Zusätzliche Schilderungen können als Anhang dieses Fragebogens beigefügt werden. Fügen Sie bitte, wenn möglich, auch Beweise für Ihre Aussagen wie Kopien von Chats, Bilder, Zeugen, etc. bei.

- Schilderung der **schwersten** Vorfälle mit Angabe des Datums (maximal 3 Vorfälle in Stichpunkten)

(1)

.....

.....

(2)

.....

.....

(3)

.....

.....

- Folgen bei Antragsteller/in: Körperlich? Seelisch? Wenn ja, welche?

.....

.....

.....

.....

.....

- Wurde ein Arzt aufgesucht?
- Nein Ja Ärztliches Attest vorhanden?
- Nein
- Ja, siehe Anlage Kann nachgereicht werden
-
- Gibt es diagnostizierte Krankheiten (physisch/psychisch) beim Antragsgegner/ bei der Antragsgegnerin, die in Zusammenhang mit den Vorfällen stehen?
- Nein Ja, Bezeichnung
-
- Steht der Antragsgegner/in unter gerichtlich angeordneter Betreuung?
- Nein
- Ja, Betreuer ist

Weitere Erklärungen werden derzeit nicht abgegeben. Für den Fall, dass noch Angaben bzw. Beweisangebote für erforderlich oder sachdienlich erachtet werden, wird um einen entsprechenden richterlichen Hinweis gebeten.

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung nach den §§ 156, 161 StGB wird die Richtigkeit des vorgenannten Sachverhalts (und der Anlage) an Eides Statt versichert.

§ 156 StGB Eidesstattliche Versicherung

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Ort, Datum, Unterschrift